

Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2001

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17.00 Uhr - 17.45 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordnete Lina Meyer - Vorsitzende -
Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt
Ratsfrau Elfriede Meyer

CDU/FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius
Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsfrau Andrea Risius

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Hermann Züchner

Beratende Mitglieder

Herr Norbert Haarmeyer
Herr Karl-Heinz Kracke
Herr Wübbo Krüzinga
Frau Regine Miermeister

von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Stadtoberamtsrat Heinz Potthast
Stadtinspektor z.A. Hilko Mannott
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Stadtamtsfrau Elisabeth Szag
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels
Stadtamtsrat Reinhard Kleen als Protokollführer

Gäste

Ratsherr Meinhard Meißner
2 Vertreter der Presse
Stadtamtsrat Reinhard Kleen

Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2001

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Lina Meyer, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Presse und die zahlreichen Zuschauer.

Punkt 2: Verpflichtung beratender Mitglieder

Die Vorsitzende nimmt die Verpflichtung der beratenden Mitglieder gemäß § 39 Abs. 3 und § 42 NGO vor.

Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung

Es liegt ein Antrag der CDU/FDP - Gruppe vor, den Punkt "Situation (u.a. der Betreuung) in der Wohnanlage Schwanenteich" zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Bongartz begründet den Antrag. Er bittet jedoch, den Punkt vertraulich zu besprechen, um gerade dadurch den Betroffenen gerecht zu werden. Er wolle an dieser Stelle gern die Fragen der Zuschauer zulassen, die Angelegenheit aber andererseits nicht öffentlich kaputt reden.

Frau Meyer weist darauf hin, dass Fragen der Zuschauer unter dem Tagesordnungspunkt 4 möglich seien.

Auf Vorschlag von Frau Meyer beschließt der Ausschuss für Gesundheit und Soziales, den Punkt im Übrigen in einer unmittelbar anschließenden nichtöffentlichen Sitzung zu beraten.

Ergebnis: einstimmig

Frau Meyer weist darauf hin, dass die Vorlagennummer zum Tagesordnungspunkt 6 richtig 14/37 lauten müsse.

Mit dieser Berichtigung wird die Tagesordnung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Mehrere der zahlreich anwesenden Bewohner der Wohnanlage am Schwanenteich schildern ihre derzeitige Situation. Sie fühlten sich hilflos und bäten die Politiker um ihre Hilfe. Als besonders dringlich schildern sie die Erhaltung des Bistros und des Betreuungsangebotes.

Herr Oberbürgermeister Brinkmann bedauert, dass die Anwesenden den weiten Weg auf sich genommen hätten, um anschließend mit dem Gefühl nach Hause zu gehen, nichts bewirkt zu haben. Eine öffentliche Diskussion aber sei für die erhofften Änderungen nicht förderlich. Dazu bedürfe es interner vertraulicher Gespräche. Er lehne es deshalb ab, diese Diskussion öffentlich oder über die Presse zu führen. Er sei aber gerne bereit, die Situation mit den Bewohnern vor Ort zu beraten.

Auch Herr Bongartz spricht sich dafür aus, den Wert der Anlage nicht durch eine öffentliche Diskussion weiter herunterzureden.

Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2001

Punkt 5: Vorlage 14/18

Entscheidung über Widersprüche in Sozialhilfeangelegenheiten; Bildung eines fünfköpfigen Beratungsgremiums gemäß § 114 Abs. 2 BSHG auf Vorschlag des Ausschusses für Gesundheit und Soziales aus dessen Mitte

Herr Discus erläutert die Vorlage. Er geht insbesondere auf den § 114 Abs. 2 BSHG ein und erläutert das in § 51 NGO festgelegte Wahlverfahren. Danach verteilen sich die Vorschlagsrechte für das zu bildende Gremium unter Anwendung des Höchstzahlverfahrens auf die dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales angehörenden (stimmberechtigten) Fraktionen und Gruppen. Die Gruppe CDU/FDP habe somit das Vorschlagsrecht für 3 und die SPD das Vorschlagsrecht für 2 Personen. Von dieser Verteilung könne aber durch einstimmigen Beschluss abgewichen werden.

Es ergeht daraufhin folgender

Beschluss: Von den Regelungen des § 51 Abs. 2 NGO wird gemäß § 51 Abs. 9 NGO in der Weise abgewichen, dass sich die Vorschlagsrechte wie folgt verteilen:

Gruppe CDU/FDP	2 Sitze
SPD	2 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz

Ergebnis: einstimmig

Zur Besetzung des Beratungsgremiums ergeht folgender

Beschluss: Der Gesundheits- und Sozialausschuss benennt aus seiner Mitte folgende fünf Personen als Mitglieder des Beratungsgremiums (beratende Beteiligung sozial erfahrener Personen vor dem Erlass der Widerspruchsbescheide in Sozialhilfeangelegenheiten gemäß § 114 Abs. 2 BSHG):

<u>Mitglieder</u>	<u>Vertreter/in</u>
1. Frau Lina Meyer	Herr Walter Davids
2. Frau Helga Grix	Frau Elfriede Meyer
3. Herr Rolf Bolinius	wird später benannt
4. Herr Norbert Haarmeyer	wird später benannt
5. Herr Karl-Heinz Kracke	Herr Hermann Züchner

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 14/37 Auflösung des Ausländerbeirates und Bildung eines Integrationsrates

Herr Potthast erinnert an die Vorstellung der von der Verwaltung erarbeiteten Entwürfe im Sozialausschuss am 15.08.2001. Diese seien zwischenzeitlich dem Ausländerbeirat und den in Emden mit der Betreuung und Integration von zugewanderten Bevölkerungsgruppen befassten Stellen zur Kenntnis und Stellungnahme zugeleitet worden. Nach Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen lege die Verwaltung nun überarbeitete Entwürfe der Satzung und der Wahlordnung vor.

Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2001

Auf 2 Hinweise aus den Stellungnahmen geht Herr Potthast noch kurz ein. So sei angeregt worden, dass Gremium "Beirat für Emigration" zu nennen, da der Begriff Integration(s-Beirat) vorwiegend im Zusammenhang mit behinderten Menschen benutzt werde. Weiterhin sei die Frage aufgeworfen worden, ob die Gruppe der Aussiedler mit einbezogen werden solle. Diese ca. 3.000 Personen in Emden seien Deutsche mit allen Rechten und Pflichten und bereits integriert.

Herr Dr. Beisser erklärt, die Gruppe CDU/FDP habe sich bereits intensiv mit der Problematik beschäftigt. Die Diskussion sei aber noch nicht vollständig abgeschlossen. Insbesondere müssten die Aussiedler zu ihrer beabsichtigten Beteiligung unbedingt gehört werden. Diese seien oft in ihren Herkunftsländern jahrelang verfolgt worden und würden dann auch hier wieder auf gesonderten Wahllisten auftauchen. Er schlage vor, heute noch nicht abschließend zu entscheiden.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Brinkmann erklärt Herr Dr. Beisser, dass einer Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 20.12.2001 dennoch nichts im Wege stehe.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales beschließt, die Vorlage 14/37 an die Fraktionen zu verweisen. Eine Beschlussempfehlung ergeht direkt im Verwaltungsausschuss.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Discus teilt mit, dass die Stadt Emden verschiedene Maßnahmen durchführe, die durch das Arbeitsamt Emden gefördert würden. Die Maßnahmen würden auf 1 Jahr bzw. 6 Monate gefördert. Folgende Maßnahmen würden durchgeführt:

- 1) Z144/01/224 Natur- und Umweltschutzarbeiten in den Stadtteilen, 4 Teilnehmer, Laufzeit 1 Jahr, Beginn 16.07.01, 90 % ABM-Förderung
- 2) SAM 549/01 Naturnahe Herrichtung der Spiel- und Sportanlage Barenburg im Rahmen der Sozialen Stadt, 2 Teilnehmer, Laufzeit 6 Monate, Beginn 15.08.01 90 % Förderung
- 3) SAM 550/01 Beratung zur Vermeidung und Wiederverwertung von Abfällen im Stadtgebiet, 1 Teilnehmer, Laufzeit 6 Monate, Beginn 15.08.2001 60 % Förderung
- 4) Anlegen eines Lehrpfades auf den Emdener Wallanlagen (technischer Mitarbeiter), 1 Teilnehmer, Laufzeit 1 Jahr, Beginn 15.12.01 80 % Förderung

Herr Discus berichtet weiterhin, dass das Projekt "Bildung und Praxis", begonnen am 17.10.2001, zum 31.12.2001 gekündigt werden musste, da sich die Teilnehmerzahl inzwischen auf 5 reduziert habe. Die verbliebenen Teilnehmerinnen könnten evtl. in ein am 02.01.2002 beginnendes EU-Projekt vermittelt werden.

Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2001

Punkt 8: Anfragen

Herr Krüzinga erkundigt sich nach dem Termin für die Wahl des Integrationsbeirates.

Herr Oberbürgermeister Brinkmann verweist dazu auf die Entscheidung zum Tagesordnungspunkt 6. Erst nach einer Beschlussfassung im Rat könnten die weiteren Termine festgelegt werden.

Frau Meyer schließt die öffentliche Sitzung um 17.45 Uhr mit der Bitte nach einer kurzen Pause zur beschlossenen nichtöffentlichen Sitzung erneut zusammenzukommen.